

Helene Bauer (1871–1942) – „bürgerliche und sozialistische Ökonomie“

Von *Günther Chaloupek*, Wien

I. Zur Biographie

Helene Bauers Beiträge und Aufsätze nehmen im wissenschaftlichen Schrifttum des Austromarxismus einen wichtigen Platz ein, als Ökonomin ist sie zu dessen wichtigsten Repräsentanten zu rechnen. Als Ehefrau Otto Bauers stand sie allerdings immer im Schatten dieser politischen und geistigen Leitgestalt der österreichischen Sozialdemokratie (SDAP) zwischen den Weltkriegen. Auch war es ihr durch die herrschenden Verhältnisse im akademischen Bereich nicht möglich, eine Position an einer Universität zu erlangen – das scheint sie auch nicht versucht zu haben. Erst in der jüngsten Zeit wird ihre Bedeutung als austromarxistische Ökonomin nach und nach erkannt.¹

Sie wurde 1871 als Helene Gumpłowicz in Krakau, damals Hauptstadt des österreichischen Kronlandes Galizien, geboren.² Ihr Vater betrieb dort eine Buchhandlung und Leihbücherei, ihr Onkel war der berühmte Soziologe Ludwig Gumpłowicz³. Sie studierte Staatswissenschaften an den Universitäten Zürich und Wien, promovierte mit einer Arbeit zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte (*Landau* 1906a) in Zürich 1905, da zu dieser Zeit den Frauen ein Studium an der Wiener juristischen Fakultät noch verwehrt war. 1905 heiratete sie in Wien den Juristen Max Landau, mit dem sie drei Kinder hatte. Ihr Haus wurde „ein intellektuelles sozialistisches Zentrum“, in dem die Führer der galizisch-polnischen Sozialdemokratie ebenso verkehrten wie die deutsch-österreichischen sozialdemokratischen Intellektuellen Karl Renner und Rudolf Hilferding. Hier lernte sie den um zehn Jahre jüngeren Otto Bauer kennen, den sie nach ihrer Trennung von Landau kurz vor Kriegsbeginn 1914 heiratete.⁴

¹ Dvořák (2002, 2014); King (2019); Mozetic (1987).

² Wichtigste Quelle für Lebensdaten ist die Biographie Otto Bauers von *Otto Leichter* (1970). Die lebendigste Schilderung von Helene Bauers Persönlichkeit findet sich im ersten Band der Autobiographie *Bruno Kreiskys* (1986).

³ Ludwig Gumpłowicz, 1838–1909, geboren in Krakau, Jurist und Soziologe, Professor an der juristischen Fakultät der Universität Graz 1882–1908.

⁴ *Leichter* (1970), S. 25 f.

Helene Bauer war – wie Bruno Kreisky in seinen Erinnerungen schreibt – „eine elegante, äußerst gepflegte Polin, nicht hübsch, aber eine eindrucksvolle alte Dame“. Ihre Ehe mit Otto lebte „stark vom Intellektualismus beider, sie ergänzten einander in idealer Weise. Wenn Otto Bauer über ökonomische Fragen arbeitete und zusätzliche Fakten benötigte, vertiefte sie sich in die Literatur und hielt ihn sozusagen auf dem Laufenden; das tägliche Gespräch war die Quelle vieler Bücher [Otto]“. (Kreisky 1986, S. 336 f.).

Helene Bauer bekleidete außer ihrer Mitgliedschaft in der Wiener Schulbehörde (Stadtschulrat) keine öffentlichen Funktionen. Bis zum Verbot der Partei 1934 war sie Redaktionsmitglied des theoretischen Organs der SDAP *Der Kampf*, unterrichtete Statistik an der parteieigenen Arbeiterhochschule, wo Otto die Vorlesungen über Nationalökonomie hielt. Nach ihrer einzigen größeren Publikation zur Wirtschaftsgeschichte (Landau 1906a) schrieb sie nach Ende des Weltkriegs eine große Zahl von Aufsätzen zu ökonomischen, gelegentlich auch zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, die überwiegend im *Kampf* erschienen sind, auch noch in der Zeit der Emigration, in der der *Kampf* weiterbestand – seit 1938 unter dem Namen *Der sozialistische Kampf*. Nach dem Februaraufstand 1934 flüchtete Helene Bauer mit ihrem Mann in die Tschechoslowakei, von dort 1938 weiter nach Paris, wo Otto 1938 starb. 1939 fand sie Zuflucht bei ihrer Tochter Wanda Lanzer in Schweden, das ihr als Exil bald zu unsicher erschien, sodass sie 1941 in die USA gelangte, wo sie 1942 in Berkeley, Kalifornien, gestorben ist.

Obwohl sich Helene schon in Polen in der Sozialdemokratie politisch und publizistisch betätigte, steht ihre erste Arbeit zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte ganz im Einflussbereich der Historischen Schule und weist sie noch nicht als marxistische Denkerin aus.

II. „Die Entwicklung des Warenhandels in Österreich“

Diese einzige Buchpublikation Helene Bauers erschien als erweiterter Sonderabdruck ihres Artikels in der Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung (Landau 1906a, 1906b). Aus dem Vorwort geht hervor, dass die Arbeit, die in Zürich als Dissertation angenommen wurde, in Wien entstanden und offenbar von Carl Grünberg, dem Hauptvertreter der Historischen Schule in Österreich, betreut wurde, dem sich die Autorin „zu großem Dank verpflichtet“ fühlt.

Auf Basis von Archivmaterial und umfassender Kenntnis der Sekundärliteratur wird in der Schrift die Entwicklung des Binnenhandels in der Habsburgermonarchie in den deutschen Kronländern, mit Schwerpunkt auf Wien, dargestellt. Ausgehend vom Handel in seiner frühneuzeitlichen Form mit seinen zahlreichen Bindungen und engen Regulierungen wird gezeigt, wie in der

Ära des Merkantilismus (17./18. Jahrhundert) der Staat den Handel als Instrument benützte, um die industrielle Warenproduktion zu fördern und dadurch die Wirtschaftskraft der Monarchie zu steigern, wie dies die herrschende Wohlfahrtsdoktrin des absolutistischen Staates gebot, nicht zuletzt als ökonomische Bedingung einer Festigung des Status Österreichs als europäische Großmacht. Dabei wurden zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche Wege beschritten, mit denen die Regelung des Verhältnisses zwischen Handel einerseits und der industriellen und gewerblichen Warenproduktion andererseits im 18. Jahrhundert mehrmaligen Änderungen unterzogen wurde. So etwa wurden zeitweise die exklusiven Vorrechte des Handels gegenüber der Industrie verstärkt, um den Handel zu vermehrtem Engagement in Warenproduktionsaktivitäten im Wege des Verlagssystems zu veranlassen, während später die eigenen Handelsbefugnisse von Industrieunternehmungen zu Lasten des Handels erweitert wurden. In dieser langen Periode des Experimentierens, des Schwankens zwischen mehr Freiheit und mehr Regulierung behielt schließlich eine Tendenz zur Liberalisierung von immer mehr Bereichen des Handels bzw. zur Beseitigung von Beschränkungen und exklusiven Bevorrechtungen die Oberhand. Dennoch blieb in Österreich eine unübersichtliche, auch von Widersprüchen gekennzeichnete Rechtslage bis weit ins 19. Jahrhundert bestehen, ehe der Liberalismus in Handel, Handwerk und Gewerbe mit der Gewerbeordnung 1859 voll zum Durchbruch kam – diese starke Form der Gewerbe-freiheit hatte allerdings nur kurzen Bestand.

Bauers Darstellung der Entwicklung des Handels stellt ab auf eine differenzierte Analyse der unterschiedlichen Interessen von Händlern, auch untereinander, und Warenproduzenten sowie der Wirkungsweise der verschiedenen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, mit denen der Staat die industrielle Entwicklung zu fördern trachtete. Treibende Kraft hinter der industriellen Entwicklung ist der Staat, der an der Steigerung der Steuerkraft seiner Wirtschaft interessiert ist, und damit die Entstehung großer Kapitalien in der Industrie begünstigt. Es ist der Staat, der in erster Linie die Dynamik der Entwicklung vorantreibt, auch indem er die Marktkonkurrenz an die Stelle von Regulierungen setzt, während „das Kapital“, welches in dieser abstrakten Form in Bauers Analyse nicht vorkommt, erst an zweiter Stelle eine Rolle spielt.

Die Schrift Bauers enthält keine Bezüge auf Marx' fragmentarisch gebliebenen Äußerungen zur historischen Entwicklung des Kapitalismus, noch werden allgemeine Marxsche Kategorien in der Analyse verwendet. Wenn überhaupt nur selten allgemeine theoretische Überlegungen angestellt werden – vereinzelt bei Bezugnahmen auf die merkantilistischen Autoren Becher und Sonnenfels –, so folgt doch die Analyse einem klar erkennbaren Muster. Explizite Wertungen werden streng vermieden, die grundlegende Perspektive der Schrift ist ein langfristiger Liberalisierungs- und Vermarktlichungstrend, ohne affirmative Betonungen. Einige wenige Male werden Schriften Grün-

bergs und Gustav Schmollers zitiert, womit offenbar eine Affinität zur Historischen Schule angedeutet werden soll. Der einzige sozialistisch motivierte Gegenwartsbezug von Bauers Schrift findet sich im Anschluss an ein Sonnenfels-Zitat: Auch für eine als gegeben angenommene Menge einer bestimmten Ware, deren „Verzehrung innerhalb einer gewissen Summe stille steht und sich berechnen lässt, wie bei allen unmittelbaren ersten Bedürfnissen, kann die Vermehrung der Händler nur eine Preiserhöhung bewirken“ – Worte, die auch heute noch von den Gegnern der Konsumvereinsbewegung zu beherzigen wären.“ (Landau 1906a, S. 62). Helene Bauers Schrift über den Warenhandel fügt sich ganz in die Tradition der österreichischen historischen Richtung⁵ (Grünberg, Karl Pribram) ein. Ihre Hinwendung zum Marxismus erfolgte offensichtlich später unter dem Einfluss Ottos.

Mit dem Jahr 1919 beginnt die intensive Publikationstätigkeit Helene Bauers in *Der Kampf*, einer von der SDAP herausgegebenen Zeitschrift, deren Erscheinungsweise zwischen wöchentlich und monatlich wechselte⁶. Die Aufsätze Helene Bauers behandeln eine Vielzahl von wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Themen auf der Grundlage der marxistischen Theorie. Der vorliegende Beitrag geht primär auf jene Aufsätze Bauers ein, bei denen theoretische Aspekte behandelt werden

III. Sozialisierung, Planwirtschaft, Wirtschaftsrechnung

Als 1918 die sozialdemokratischen Parteien in Deutschland und im neuentstandenen (Deutsch-)Österreich an die Macht kamen und für kurze Perioden Regierung und Parlament dominierten, stand die Idee der Sozialisierung im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion. Die zahlreichen Vorschläge und Konzepte, wie die Wirtschaft zu sozialisieren bzw. nach der Sozialisierung zu organisieren sei, kamen nicht nur von sozialistischen Politikern und Theoretikern, vorgestellt nicht selten als „Patentrezepte“, in welchen weder Voraussetzungen noch Konsequenzen einer kritischen Überprüfung unterzogen wurden.⁷

⁵ Siehe dazu Chaloupek (2015).

⁶ Die Zeitschrift war 1907 von Otto Bauer, Adolf Braun und Karl Renner als theoretisches Publikationsorgan der Partei gegründet worden. Nach dem Februaraufstand 1934 erschien die Zeitschrift weiter bis zum Jahr 1940, zuerst in Brünn, ab 1938 in Paris unter dem Namen *Der sozialistische Kampf*. Das Vorbild für *Der Kampf* war die von Karl Kautsky herausgegebene *Neue Zeit*, führendes Theorie-Organ der deutschen Sozialdemokraten, an deren Stelle 1924 die von Rudolf Hilferding herausgegebene Zeitschrift *Die Gesellschaft* trat.

⁷ Eine umfassende Darstellung der Sozialisierungsdebatte in Österreich gibt Erwin Weissels Buch „Die Ohnmacht des Sieges“ (1976), für nicht-sozialistische Sozialisierungskonzepte siehe auch Chaloupek (2019).

Diese theoretische Debatte stand in grellem Gegensatz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Österreich. Nach dem Zerfall der Monarchie war das Land plötzlich abgeschnitten von den Rohstoffquellen seiner Industrie ebenso wie von der Versorgung mit Nahrungsmitteln aus dem Osten. Eine notdürftige Versorgung der Bevölkerung konnte in den unmittelbaren Nachkriegsjahren nur durch Notkredite und Hilfslieferungen der Entente-Länder, vor allem der USA, aufrechterhalten werden. Dazu kam eine sich beschleunigende Nachkriegsinflation, die 1921 in einer Hyperinflation kulminierte.

Das von den österreichischen Sozialdemokraten popagierte Sozialisierungskonzept war Otto Bauers *Weg zum Sozialismus* (Bauer 1919), das 1919 sogar von der Regierung beschlossen wurde. Es hat hauptsächlich Fragen des institutionellen Aufbaus der sozialisierten Wirtschaft zum Gegenstand. Diese Institutionen waren nach Auffassung Bauers Schritt für Schritt im Prozess der Sozialisierung zu entwickeln. Otto Bauer lehnte eine uno actu vorgenommene Vollsozialisierung ausdrücklich ab. Sozialisierung erschien ihm nur sinnvoll, wenn eine Industrie einen gewissen Reifegrad erreicht hat, sie war daher für ihn nur vorstellbar als Prozess der langsam voranschreitenden Transformation der kapitalistischen Wirtschaft.

Auf der Grundlage von Ottos Sozialisierungskonzept setzte sich Helene in mehreren Beiträgen mit anderen Sozialisierungsvorschlägen kritisch auseinander. Vor allem aber mahnte sie zum Realismus angesichts der extrem schwierigen Wirtschaftslage. Oberste Priorität für die Regierung, in der die Sozialdemokraten den Staatskanzler stellten und politisch den Ton angaben, war der „Kampf um die auskömmliche Nahrung“ (1920). Eine politische Diskussion, wie sie Otto Neuraths „harmloses Büchlein über ‚Wesen und Weg der Sozialisierung‘“ angestoßen hatte, hielt sie für völlig fehl am Platz, denn „vorläufig fehlen uns alle objektiven Bedingungen eines Produktions- und Verteilungsplanes – also auch alle objektiven Bedingungen einer ‚Vollsozialisierung‘“ (1919c, S. 341 f.). Mit aller polemischen Entschiedenheit wendet sie sich gegen eine Position, welche „die Sozialisierungsentwürfe der Sozialdemokratie nur gering einschätzt und dafür ... als Voraussetzung der Sozialisierung die Errichtung eines statistischen Amtes erklärt“, das den Bedarf an Verbrauchs- und Gebrauchsgütern ermittelt, ohne im Entferntesten über die Mittel zu deren Befriedigung zu verfügen.

Rudolf Goldscheids Sozialisierungskonzept (Goldscheid 1919) beruhte auf einer „Naturalabgabe“, gedacht als einmalige Vermögensabgabe, progressiv gestaffelt von 5 Prozent bis zu 80 Prozent. Ziel ist nicht die Vollsozialisierung, sondern eine Verstaatlichung gegen Entschädigung jener Vermögen, an denen der Staat Alleineigentum anstrebt, die Sicherung von Mitbestimmung an anderen Vermögen, die Ablösung der staatlichen Miteigentumsanteile beim Großteil der Kleinvermögen. Helene Bauer verwirft dieses Konzept, teils

aufgrund seiner praktisch-administrativen Schwierigkeiten, hauptsächlich aber, weil es zu viel von der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bestehen lässt: dadurch „wird die Naturalabgabe aus einem Mittel zur schnellen und schmerzlosen Sozialisierung zu einem Mittel der Befestigung der kapitalistischen Wirtschaftsweise“ (1919a, S. 272).

Einen eigenen Problemkomplex im Rahmen der Sozialisierungsdebatte nimmt die Diskussion über die Wirtschaftsrechnung im Sozialismus ein, die von Österreich ihren Ausgang genommen hat (Chaloupek 1990). In Otto Bauers Sozialisierungskonzept blieb sie ausgeklammert, in der Annahme, dass Methoden der Planung und der Wirtschaftsrechnung entsprechend dem jeweiligen Stadium der Sozialisierung im Zuge des Transformationsprozesses entwickelt werden können. Es war Otto Neurath, der als erster die Frage nach der Wirtschaftsrechnung im Sozialismus stellte. In seinem System einer zentralen Planung legte er eine völlig neue Art der Wirtschaftsrechnung, genannt „Naturalrechnung“, zugrunde. Für Geld war nach seiner Auffassung in einer sozialistischen Wirtschaft kein Platz. Für Ludwig Mises (1922) war Neuraths Naturalrechnung Ausgangspunkt zu seiner These von der Unmöglichkeit einer rationalen Wirtschaftsrechnung im Sozialismus.

Die Theoretiker des Mainstream der österreichischen Sozialdemokratie lehnten sowohl Neuraths Forderung nach einer Naturalrechnung als auch Mises' Unmöglichkeitsthese ab. Neurath, der kein Marxist war, versuchte seine Argumentation durch Zitate von Marx und Engels zu stützen (Neurath 1923). Helene Bauer hielt ihm Zitate aus dem *Kapital*⁸, aus Marx' Kritik des Gothaer Programms und aus dem Anti-Düring entgegen. Sie bestand mit Nachdruck auf der Notwendigkeit einer genauen Bestimmung der Arbeitsmengen, welche für die Produktion jedes Gutes aufgewendet werden müssen, die dem Gebrauchswert gegenüberzustellen wären. Beide wären essentielle Elemente eines Wirtschaftsplanes, welcher ohne eine einzige, einheitliche Einheit der Verrechnung nicht möglich ist. Durch den Verzicht auf eine Rechnungseinheit wirft Neurath „Sümpfe, Straßen, Tiere und Menschen in einen Topf ... und sieht hier nicht die Gemeinschaft der Werktätigen, die ihre Arbeit organisieren“ (1923c, S. 200). Dies erfordert, dass der Preis der Güter ein direkter Ausdruck der gesellschaftlich dafür notwendigen Arbeitszeit ist (S. 199).

In ihrer Rezension von Mises' *Gemeinwirtschaft* (1923d, S. 322f.) geht Helene Bauer nicht auf die darin enthaltenen Argumente, insbesondere in Bezug auf die Wirtschaftsrechnung, im Einzelnen ein. Für sie bedeutet Mises'

⁸ „... es bleibt, nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, aber mit Beibehaltung der der gesellschaftlichen Produktion, die Wertbestimmung vorherrschend in dem Sinne, dass die Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen, endlich die Buchführung hierüber wesentlicher den je wird.“ (MEW 25, S. 859, zitiert in 1923, S. 201).

Behauptung, der Kapitalismus sei „die einzig denkbare und mögliche Gestalt gesellschaftlicher Wirtschaft“ (Mises 1922, S. 210), nur einen ungeheuren Zynismus angesichts der wirtschaftlichen Krise Europas, des weitverbreiteten Elends und sogar Hungers, der Hyperinflation, der Arbeitslosigkeit und des Wirrwarrs der ökonomischen Verhältnisse innerhalb der Volkswirtschaften ebenso wie in den internationalen Beziehungen, welcher eine ernsthafte Auseinandersetzung nicht verdiene. Fraglos macht sie es sich damit zu leicht, doch legt der Hinweis auf die Misere der realen wirtschaftlichen Verhältnisse den Finger auf einen wunden Punkt von Mises' Analyse: nämlich seine stillschweigende Annahme, dass Kapitalismus gleichbedeutend ist mit optimaler Ressourcenallokation auch im Sinne von vollem Gebrauch aller verfügbaren Ressourcen, und dass dieses theoretische Idealbild des Kapitalismus sich auch in der realen Welt wiederfindet.

Als Erster legte Otto Leichter in seinem Buch *Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft* ein System der Rechnung in Arbeitswerten mit der Arbeitsstunde als Recheneinheit vor (Leichter 1923). Auch Leichter kritisiert Neuraths Naturalrechnung scharf, da diese zu einer Zuteilungswirtschaft führen müsse. Jedenfalls sei eine sozialistische Gesellschaftsordnung anders vorzustellen „als eine Allerweltskaserne ..., in der jedem einzelnen Bücher zugewogen und in der die Bewohner eines jeden Hauses zeitweise ins Kino geführt werden“ (ibidem, S. 48). Leichter geht vom Postulat der Konsumentensouveränität aus und skizziert ein Modell, das eine Mischung von Gildensozialismus und zentraler Planung darstellt. Konsumgüter werden verteilt im Austausch gegen „Arbeitsstundenscheine“, in denen die Löhne ausgezahlt werden. Der Güteraustausch zwischen Produktionsunternehmen wird durch zentrale Planung reguliert. Die Preise der Fertigprodukte enthalten nicht nur die Kosten für Löhne und Vorleistungen, sondern auch Zurechnungen für Amortisation, Neuinvestitionen und Beiträge für die Erhaltung der Nicht-Arbeitsfähigen⁹.

Das von Leichter entwickelte System der Wirtschaftsrechnung ermöglicht die von Helene Bauer für unabdingbar gehaltene „Bildung von Preisen, in denen die zu ihrer Erzeugung gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ausgedrückt wird. ... Die individuelle Verbrauchsfreiheit ist hier gegeben, zum Unterschied zu den geldlosen Konstruktionen Neuraths, aber bloß im Rahmen des angenommenen Wirtschaftsplanes.“ (1923d, S. 324). Bei genereller Zustimmung wirft sie Leichter „eine allzu starke Rücksicht auf bürgerliches

⁹ In seiner Kritik an Leichters Traktat weist Mises auf die enormen Schwierigkeiten einer „demokratischen“ Lohnfestsetzung hin, die ohne willkürliche Fixierung von Unterschieden nicht auskommt angesichts des Fehlens objektiver Kriterien (Mises 1924, S. 497 f.).

Denken“ vor, indem er sich bemüht, die Rationalität seines Systems auch nach kapitalistischen Kriterien plausibel erscheinen zu lassen.

Markt und Sozialismus waren im marxistischen Denken Helene Bauers nicht vereinbar. Ebenso wie *Leichter* (1923, S. 44 f.) lehnte sie das marktsozialistische Modell Eduard Heimanns ab, das in zentralen Elementen – Autonomie der sozialisierten Betriebe, Wettbewerb zwischen Warenverkäufern, Steuerung über eine zentrale „Verkaufs- und Abrechnungsstelle“ – *Oskar Langes* (1936/37) Modell antizipiert.¹⁰ Sie hält es für unmöglich, durch eine schnelle marktmäßige Anpassung des ganzen Wirtschaftskörpers ein reibungsloses Funktionieren der Gemeinwirtschaft zu gewährleisten. Vielmehr würde als Folge eine schnelle Anpassung an die „Wünsche und Launen des Marktes“ die Wirtschaft „von einer Krise zur andern torkeln lassen“ (1923b, S. 119) – eben dieses Argument wurde später gegen Langes Marktsozialismus eingewendet.

IV. Ehe, Familie und Erwerbstätigkeit der Frau

Helene Bauers Aufsatz *Ehe und soziale Schichtung* (1927b) ist ein Beitrag zur Gesellschaftstheorie, der wesentlich auf einer ökonomischen Argumentation aufbaut. Nahezu ohne Bezugnahme auf soziologische und psychologische Literatur entwickelt sie darin eine soziale Typologie der Ehen, vornehmlich aus der Perspektive der Frau, für die gegenwärtige Gesellschaft.¹¹ Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse sind dabei die wichtigsten Bestimmungsfaktoren der von Bauer unterschiedenen sechs verschiedenen Typen von Ehe und Familie. Die „bäuerliche Ehe“ ist durch die ländlich-agrarische Wirtschaftsweise geprägt, „Haus und Hof sind Lebens- und Erwerbsgrundlage der Ehe und halten in gleicher Weise Mann und Frau gefangen“ (S. 319). Nahe verwandt der bäuerlichen Ehe ist die Ehe im städtisch-kleinbürgerlichen Selbstständigenmilieu des Handwerks und Kleinhandels. Die großbürgerliche „Ehe der oberen Zehntausend ... verbürgt dem Mann die legitimen Erben und der Frau zu dem ererbten Besitz den entsprechenden sozialen Rahmen“, in dem die Frau ein „Luxusdasein“ führt und den Haushalt leitet, während die Arbeit für Haushalt und Kindererziehung von Dienstboten geleistet wird.

Während die Frau in diesen drei Typen auf die eine oder andere Weise zum Familieneinkommen beiträgt, beginnt die „Problematik der Ehe bei den „neuen städtischen Schichten“ Beamten (und Angestellten) und freien Berufen, wo der Erwerb vom Haushalt getrennt wird und die auf den Haushalt

¹⁰ Oppenheimers Version des Sozialismus wird aus demselben Grund verworfen (1929a).

¹¹ Siehe dazu ausführlicher *Dvořák* (2014), S. 212 ff.

beschränkte Frau „in materielle Abhängigkeit vom Manne zurückgedrängt“ wird. Aus diesem Milieu der nicht erwerbstätigen bürgerlichen Frauen entsteht die (bürgerliche) Frauenbewegung, die dafür eintritt, der Frau „all die Mittel zugänglich zu machen, die innerhalb ihrer sozialen Schicht als ein Zeichen der Vollwertigkeit gelten“. Dadurch eröffnen sich für breiter Kreise bürgerlicher Frauen die Zugänge zu höherer Bildung, „die Frau wurde Lehrerin, Ärztin, jetzt steht ihr der Weg zu allen freien Berufen offen“. Zusätzlich zu den bestehenden entsteht ein neuer Ehetypus: „Die geistig und ökonomisch unabhängige Frau wurzelt schon unmittelbar in der Gesellschaft und übernimmt ihr gegenüber Verpflichtungen, an denen der Mann keinen Anteil mehr hat.“ (S. 321 f.).

Während in allen diesen Eheformen Motive für die Beschränkung der Kinderzahl gegeben sind, waren diese in der proletarischen Ehe in der Frühzeit des Kapitalismus, in der kein Besitz zu teilen und zu vererben war, kaum vorhanden. Daher war die Industriearbeiterschaft, solange sich ihre Lebensbedingungen nur wenig über die des Lumpenproletariats erheben „.... die fruchtbarste Gesellschaftsklasse.“ (1930a, S. 368). Als Heimarbeiterin oder durch Fabriksarbeit unter elenden Bedingungen suchte die Frau zum Familieneinkommen beizutragen, unter Inkaufnahme „furchtbarer Belastungen“, die später durch Sozialgesetze wie Arbeiterinnenschutzmaßnahmen, Achtstundentag, etc. gemildert wurden, aber sie immer noch betreffen, „wo die erwerbende Hausfrau auch Mutter ist ... Nichts als Hausfrau und Mutter sein zu dürfen, ist hier für die Frau oft der Inhalt kühnster, unerfüllbarer Träume.“ (1927b, S. 323).

In ihrem Beitrag zu dem von Käthe Leichter¹² herausgegebenen *Handbuch der Frauenarbeit*¹³ kritisiert Bauer die auf Malthus zurückgehende Bevölke-

¹² Käthe Leichter (1895–1942) leitete das Frauenreferat in der 1920 gegründeten Arbeiterkammer. Nach der Okkupation Österreichs durch das nationalsozialistische Deutschland verhaftet, wurde sie 1942 im Konzentrationslager ermordet. Ihr Ehemann Otto Leichter, Redakteur bei der Arbeiter-Zeitung, konnte in die Schweiz flüchten und emigrierte später in die USA.

¹³ Ebenfalls 1930 erschien ein Handbuch *Frauenbewegung, Frauenbildung und Frauenarbeit in Österreich*, herausgegeben von Martha Stephanie Braun (1930), einer Schülerin von Ludwig Mises und Teilnehmerin des „Mises-Seminars“. Sozialdemokratische Autorinnen, die zur Mitarbeit an diesem Handbuch eingeladen waren, lehnten diese wegen der Mitarbeit einer für die faschistische Heimwehr tätigen Autorin am Handbuch ab. Eine anonyme Rezension des Handbuchs in der Gewerkschaftszeitung *Arbeit und Wirtschaft* bewertet den Abschnitt über Frauenbildung positiv, den Abschnitt über Frauenbewegung „ganz der Vergangenheit zugewendet“, wo eine Frauenbewegung dargestellt wird „in ihrer Vergangenheit, die keine mehr ist, sich in Vereinsmeierei auflösend. ... Das Kapitel über die industrielle Arbeit (verfasst von Ilse Mintz, G.Ch.) enthält wenigstens insofern Material, als es den Veröffentlichungen von ‚Arbeit und Wirtschaft‘ und – wenn auch unter unrichtiger Angabe – denen der Arbei-

rungstheorie, die einerseits die Aussichtslosigkeit der Bemühungen um eine Verbesserung der Lebensumstände der proletarischen Klasse behauptete, die umgehend von einem beschleunigten Bevölkerungswachstum zunichte gemacht würden, andererseits im Verharren der großen Masse der Bevölkerung in Armut eine Bedingung für die Erhaltung von Arbeitsamkeit und Fleiß erblickte. Beides wurde durch die Entwicklung von Bevölkerung und Lebensstandard der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert widerlegt.

Nach der Jahrhundertwende, und deutlicher nach dem Weltkrieg ist in West- und Mitteleuropa die Fertilität signifikant zurückgegangen. Ursache dafür ist primär der Geburtenrückgang in der „fruchtbarsten Gesellschaftsklasse“, der Arbeiterschaft. „In dem Maße, als das Proletariat aus dem dumpfen Tragen seines Schicksals zu einem Sammeln seiner Kräfte für den Kampf um eine bewusste Lebensgestaltung übergeht und sich einen Anteil an den Kulturgütern seiner Nation ringend aneignet, wird auch für den Arbeiter die Einschränkung der Fruchtbarkeit zu einem wichtigen Mittel, die Bedingungen, unter denen seine Lebenszeit verläuft, zu ordnen und zu verbessern“ durch die „Kleinhaltung der Familie“ (1930a, S. 368). Gefördert wird diese Tendenz in anderen sozialen Schichten durch das Eindringen der Frau in den Lehrberuf und die freien Berufe. In Zeiten eines höheren Arbeitsloskeitsrisikos bietet die Erwerbstätigkeit der Frau einen „Schutz vor Verelendung“. Der selbstständige Erwerb der Frau wird so in breiten Schichten der städtischen Bevölkerung mehr und mehr zur Normalität.

Wenn die Frau nach ihrer Verheiratung „binahe so selbstverständlich wie der Mann“ ihren Beruf weiter ausübt, so bleiben ihr auf der anderen Seite „leider auch alle ihre häuslichen Verpflichtungen. Sie muss trachten, den Haushalt klein zu halten, und das wichtigste Mittel dazu ist wieder die Kleinhaltung der Familie.“ (S. 370). Die gewollte Kleinhaltung der Familie, „die der Kapitalismus selber hat reifen lassen“ hat in der bürgerlichen Welt Anlass zur Sorge wegen der Folgen des Geburtenrückgangs gegeben, der als „Egoismus, Materialismus und als Pflichtverletzung, welche die Zukunft der Nation und der Wirtschaft gefährdeten, beklagt wird“. Bauer weist die Sorge um die Bevölkerungsentwicklung nicht a priori ab. Nicht durch „pathetische Phrasen“ oder Abtreibungsverbote kann den Besorgnissen Rechnung getragen werden, vielmehr gehe es darum, „die Lebensbedingungen der werden-

terkammer entnommen ist. Aber auch hier nirgendwo ein Zeichen wirklichen Zusammenhangs mit dem Leben, den Sorgen, den wahren Forderungen der arbeitenden Frauen. ... (Diese) werden aber das richtige Gefühl haben, dass die Zeiten vorüber sind, wo für sie die Patronanz, das Entgegenkommen der bürgerlichen Frauenbewegung Unterstützung bedeuten konnte. Aus eigener Kraft ist heute die Arbeiterinnenbewegung imstande, ihre Probleme zu lösen, und – wie das ‚Handbuch der Frauenarbeit‘ beweist – auch in ihrer wahren Form darzustellen.“ (Frauenbildung etc., 1930, Spalte 543 f.).

den Mütter günstiger zu gestalten und für die Aufzucht der Neugeborenen bessere Möglichkeiten zu sichern“ (S. 371). Konkret plädiert sie für Maßnahmen zur Senkung der in Österreich überdurchschnittlich hohen Säuglingssterblichkeit, einen staatlichen „Erhaltungsbeitrag für Mütter, die einen Säugling ernähren“, Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge, Bekämpfung von Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Alkoholismus u. a., die „... vielleicht noch auf Jahre hinaus den europäischen Industrieländern auch bei einer sparsamen Geburtenzahl eine Erhaltung der bereits erlangten Bevölkerungsgröße ermöglichen“ (S. 371).

V. Krise und Kapitalismus

Die Bemühungen von sozialdemokratischer Seite um eine Antwort auf die Frage der Wirtschaftsrechnung im Sozialismus waren 1923, dem Erscheinungsjahr von Otto Leichters Buch, nur noch von theoretischem Interesse, da die Sozialisierung kein Thema der politischen Agenda mehr war, nachdem die Christlichsozialen bei den Parlamentswahlen 1920 zur stärksten Partei geworden waren. Auf die Währungsstabilisierung 1922 folgte eine Periode der wirtschaftlichen Konsolidierung und des Konjunkturaufschwungs bis zum Jahr 1929. Die Weltwirtschaftskrise traf Österreich überdurchschnittlich stark.

Die Artikel Helene Bauers zur Weltwirtschaftskrise befassen sich kaum mit der Situation in Österreich, sondern analysieren diese aus einer allgemeintheoretischen bzw. weltwirtschaftlichen Perspektive. Ausgangspunkt ist die von bürgerlichen und auch manchen sozialistischen Ökonomen vertretene These einer geringeren Krisenanfälligkeit des „organisierten Kapitalismus“ in der Folge eines „Strukturwandels der Wirtschaft, in der mit der Wandlung vom Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus auch ‚die Wirtschafts-anarchie durch Planwirtschaft‘ und scharfe akute Krisen durch milde chronische Depressionen verdrängt werden“ (1931, S. 123). Die Wiederherstellung des kapitalistischen Weltmarktes in der Phase der Stabilisierung nach dem Weltkrieg brachte eine Steigerung des Organisationsgrades durch die Schaffung einer „kapitalistischen Weltorganisation“ in Form von internationalen Kartellen und Finanzinstitutionen (BIZ Basel). Es entstand der Anschein einer „aufbauenden Wirtschaftsordnung, mit der der „Spätkapitalismus“ seine historische Mission, Vorarbeit für die sozialistische Weltwirtschaft zu leisten, zu Ende erfüllt. Der Ausbruch der Krise zerstörte all diese Illusionen“ (1932b, S. 478).

Die Strukturveränderungen mildern nicht, sondern verschärfen die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus durch die mangelnde Flexibilität der Preise in den monopolistischen bzw. kartellierten Industrien, die ihre Profite hochhalten, sodass Produktivitätssteigerungen nicht zu Preissenkungen und damit zu

einer Stärkung der Kaufkraft der Massen führen. Verschärft wird die Krise durch den internationalen Preisverfall für landwirtschaftliche Rohstoffe, die zu Absatzverlusten der Industrieländer führen und dort durch Beschäftigungsabbau die Krise verschärfen. „Das organisierte Kapital zögert mit dem Abbau der Warenpreise und geht zum Generalangriff auf die Löhne ... über. Seine Preispolitik verkürzt den Aufschwung und verlängert die Krise und die Depression.“ (1931, S. 124).

Ein weiterer Artikel beschäftigt sich mit der (bürgerlichen) These der „Fehlleitung“ des Kapitals, welche die Krise nicht wie üblich mit Disproportionalitäten erklärt, sondern mit Überakkumulation (1932a). Bauer geht einen Schritt weiter, nennt die Unterkonsumtion der Massen als Hauptgrund, die wiederum ein Resultat der Preisstarrheit ist. Dadurch steigen die Profite und werde weiter investiert, sodass Überkapazitäten entstehen. Wie durch ein möglichst gleichmäßiges bzw. planmäßig abgestimmtes Wachstum von Löhnen und Profiten ein krisenfreies Wachstum des Gesamtprodukts möglich wäre, wird in einem Vergleich mit der Planwirtschaft¹⁴ gezeigt.

„Die Planwirtschaft kennt keine Absatzstockung bei Konsumgütern, weil mit wachsender Gütermenge die Preise niedriger gestellt oder die Löhne erhöht werden können, ohne dass dem Privatinteressen von Privatbesitzern entgegenstehen“ (1932a, S. 161). Die Möglichkeit von Fehldispositionen wird eingeräumt, etwa durch „zu starke Akkumulation“. Eine Korrektur kann aber anders als im Kapitalismus ohne die Begleiterscheinung von Betriebsstilllegungen und Arbeitslosigkeit erfolgen. Wenn die Reallöhne zu hoch, die Verbrauchsquoten zu üppig bemessen werden und die notwendigen Ersatzinvestitionen nicht getätigt werden können, kann dies in den Folgejahren durch entsprechende Umschichtung der Arbeitskräfte korrigiert werden. Bauer ist aber optimistisch, dass eine „ruckweise Ausdehnung des technischen Apparates und die damit verbundenen Schwankungen bloß in die Kinderjahre der sozialistischen Planwirtschaft“ gehören. Der Wirtschaftsplan gibt dafür die notwendige Orientierung, welche den kapitalistischen Wirtschaftsführern, die nur die Profitabilität im Auge haben, fehlt. Die Fehlleitung des Kapitals ist „kein Unfall und keine Fehlleistung, sondern eine normale Lebensäußerung des kapitalistischen Systems“ (S. 163). Interventionen auf Makroebene, wie sie in den USA durch Maßnahmen der Geldpolitik unter Präsident Hoover, bzw. zur Belebung der Investitionsneigung unter Präsident Roosevelt gesetzt wurden, haben keinen Erfolg, weil sie den Krisenmechanismus des Kapitalismus nicht durchbrechen können (1932c, S. 496).

¹⁴ Es wird nicht ganz klar, inwieweit sich diese Aussagen über das planwirtschaftliche System auf die Realität der damaligen Sowjetunion bezieht, wo sich gerade der erste Fünfjahresplan (1928–1932) in der Umsetzung befand.

Besonders kleine Länder wie Österreich setzten große Erwartungen in internationale Handelskonferenzen mit dem Ziel, der wachsenden Tendenz zum Protektionismus zur „Stärkung des inneren Marktes“ entgegenzuwirken. Weil aber der „Automatismus des Weltmarktes versagt hat“, kann nach Ansicht Bauers seine Neuorganisation „nicht kommen durch Freihandel ... Seine Fundamente können nur gelegt werden in mühsamer Arbeit von Volk zu Volk, in Einzelverträgen und Einzelbindungen.“ Weder Freihandel und Schutzzoll eröffnen einen Ausweg aus der internationalen Misere, sondern „staatliche Großhandelsmonopole für alle wichtigen Warengruppen“. „Die Erfolge der Großhandelsmonopole, der Inhalt der von ihnen abgeschlossenen Kontingentverträge kann erst die richtige Stellung eines Landes auf dem Weltmarkt klären und bestimmen, eine bewusste und gewollte Anpassung mit sich bringen.“ (1932b, S. 481 f.).

In zweifacher Hinsicht unterscheidet sich diese Konzeption vom Modell des „organisierten Kapitalismus“. Nicht die auf privatkapitalistischer Initiative beruhenden Kartelle sollen als Ansatzpunkt für planwirtschaftliche Elemente dienen, sondern staatliche Institutionen; und nicht die nationale Industrie als ganze soll reguliert werden – wie z. B. nach dem Modell des Gildensozialismus, sondern ein vom Bereich des Außenhandels ausgehender „Einbau eines breiten Sektors staatlicher Planwirtschaft in das kapitalistische System“ soll den Weg zu dessen Überwindung eröffnen. Dieser Ansatz erscheint aus heutiger Sicht etwas abseitig, fand jedoch nicht nur in der Großen Depression Befürworter, etwa in der britischen Labour Party, wie Bauer selbst vermerkt, sondern auch noch nach dem Zweiten Weltkrieg.¹⁵

VI. Imperialismus

Die Imperialismusdebatte wurde in der deutschen Sozialdemokratie vor dem Weltkrieg intensiv geführt¹⁶, während in Österreich, das keine überseeischen Kolonien hatte, ihre politische Brisanz geringer war und primär ihre theoretischen Aspekte interessierten. Die in Deutschland und Österreich dominante Position Karl Kautskys war lange Zeit schwankend, bis er 1898 in einem Artikel zur Kolonialpolitik die These aufstellte, dass das imperialistische Expansionsstreben der entwickelten kapitalistischen Länder nicht den ökonomischen Interessen der industriellen Kapitalistenklasse entspringe, „für die ökonomische Entwicklung durchaus nicht notwendig, vielfach sogar schädlich“ sei (zitiert bei *Schröder* 1973, S. 119). Getragen werden die impe-

¹⁵ *Gunnar Myrdal* (1951, S. 24 f.) sah die Notwendigkeit kommen, den Außenhandel zentral zu regulieren, um eine ausgeglichene Zahlungsbilanz zu erreichen, in der Folge immer größere Teile der Binnenwirtschaft.

¹⁶ Siehe dazu *Schröder* (1973).

rialistischen Bestrebungen vor allem von den reaktionären, chauvinistischen, feudal-aristokratischen Oligarchien. Diese Position antizipiert in bemerkenswerter Weise die spätere These Joseph Schumpeters, der Imperialismus sei „ein Atavismus. Er fällt in die große Gruppe von Überbleibseln früherer Epochen, ... die nicht aus den Lebensbedingungen der jeweiligen Gegenwart, sondern der jeweiligen Vergangenheit zu erklären sind, ... nicht aus den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen.“ (Schumpeter 1919/1953, S. 119).¹⁷ Wenn kapitalistische Interessen – die Rüstungsindustrie, das Finanzkapital als Vermittler von Direktinvestitionen in den Kolonien, in die Infrastruktur abhängiger Staaten – von imperialistischer Politik profitieren, so geht doch die Initiative für territoriale Expansionen nicht von ihnen aus.

Dieser Sichtweise widersprach diametral Rosa Luxemburg mit ihrem Buch *Die Akkumulation des Kapitals*, in dem sie die These aufstellte, dass der Kapitalismus ein Entwicklungsstadium erreicht habe, in dem es für den Mehrwert keine ausreichende Verwertung mehr gebe und das System vor dem Zusammenbruch stehe, wenn nicht durch Erschließung neuer, vom Kapitalismus noch wenig erschlossener Territorien neue Verwertungsmöglichkeiten geschaffen werden. Sie versuchte dies anhand von abstrakten Marxschen Reproduktions-schemata analytisch-logisch als zwingendes Resultat der kapitalistischen Entwicklung zu beweisen, untermauert durch eine weitläufige historische Argumentation. Luxemburgs These hatte in der deutschen Sozialdemokratie überwiegend Ablehnung gefunden, wenn auch nicht alle Kritiker Kautskys Sichtweise teilten. Auch Otto Bauer hatte Luxemburgs Imperialismustheorie aus theoretischen Gründen verworfen (siehe dazu Abschnitt VII. 2.).

Die Kritik an Luxemburgs Imperialismustheorie setzte an drei unterschiedlichen Punkten ihrer Argumentation an: theoretisch an der Fehlerhaftigkeit ihrer Reproduktionsschemata (Otto Bauer), an ihrer mangelnden empirisch-faktischen Plausibilität, an der Frage ihrer polit-strategischen Konsequenzen. Der erste Beitrag Helene Bauers zu diesem Thema ist eine eindringliche Kritik an die in linken, d. h. kommunistischen, aber auch in sozialdemokratischen Kreisen verbreitete Erklärung des Weltkrieges als Folge wirtschaftlicher Konflikte, nach der „die Handelsinteressen die eigentlichen, die letzten Ursachen des Krieges bildeten. ... Dieser Glaube, dem Kautsky schon bei Kriegsausbruch entgegentrat, bildet jetzt eine Art marxistisch-revolutionär sein wollende Kriegsideologie, die, ohne die Verschiebungen der sozialen Kräfteverhältnisse und die politischen Umwälzungen der Nachkriegszeit mit in Rechnung zu ziehen, dem Kapital in unserer Zeit dieselben Wirkungsrichtungen und -möglichkeiten zuschreibt, die es in der Umwelt der Vorkriegszeit hatte.“ (1924b, S. 16). In ihrer historischen Argumentation führt Bauer die Gründe

¹⁷ Schumpeter erwähnt darin Kautskys Artikel nicht. Bauer (1924) zitiert Schumpeters Aufsatz, aber nicht mit seiner zentralen These.

dafür an, dass sich „der Krieg an der Tatsache der gegenwärtigen Mobilisierung, nicht [aber] an ökonomischen oder kolonialen Konflikten entzündete“. „Die herrschende Stellung der Politik der Wirtschaft gegenüber in den Ländern, deren Regierungen Schuld und Mitschuld an dem Weltbrand tragen, ... war verkörpert in den Dynastien, ... in dem mächtigen Kriegsapparat ... Hof, Generalität, Adel, Diplomatie, Gruppen, die nicht in der bürgerlich-rationalistischen Umwelt lebten, waren in den scheinstitutionellen Monarchien der Vorkriegszeit die verantwortlichen Lenker der Politik.“ (S. 22).

Weiters führt Bauer wirtschaftsstatistische Daten an, die auf eine krasse Überschätzung der Bedeutung des Kolonialhandels für die beherrschenden Staaten durch die Imperialismustheorie hindeuten. Nur etwa 1,5 Prozent der deutschen Exporte gingen 1913 in die afrikanischen Kolonien, Daten für England weisen in die gleiche Richtung. Im Kapitalverkehr „spielten, gemessen an den gewaltigen Größen des Waren- und Kapitalumsatzes innerhalb der europäischen Länder, innerhalb Europas und Amerikas vor dem Kriegsausbruch ... die kolonialen Erwerbungen ... eine lächerlich geringe Rolle“ (S. 22).

Die Imperialismustheorie *Fritz Sternbergs* (1926) beruht auf einer Abwandlung des Grundgedankens eines nicht-realisierten Mehrwerts bei Rosa Luxemburg. Fallengelassen wird aber u. a. die Annahme eines konstanten Reallohnes, vielmehr erlaubt die imperialistische Expansion der Verwertungsmöglichkeiten durch zurückfließende Kapitalerträge einen höheren Standard der Arbeiterschaft. Letztendlich führt aber der fortdauernde Druck zur Erschließung zusätzlicher Verwertungsmöglichkeiten notwendig zum Krieg und zum Zusammenbruch des Kapitalismus. Sternbergs Theorie folgt in wichtigen Punkten der Imperialismustheorie Lenins. Wie bei Lenin führt der Imperialismus über den finalen Showdown zum Sozialismus; Teile des Proletariats in den imperialistischen Staaten erreichen einen höheren Lebensstandard und bilden eine „Arbeiteraristokratie“.

Helene Bauer bestreitet vehement die Unausweichlichkeit eines solchen Showdowns. Weder ist die Katastrophe des Weltkriegs mit der Imperialismustheorie erklärbar, noch weisen die aktuell – d. h. Mitte der 20er Jahre – erkennbaren Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Systems in diese Richtung. Vielmehr sieht sie Anzeichen für die Entstehung eines Systems des organisierten Kapitalismus, wie es sich vor dem Weltkrieg auf nationalstaatlicher Ebene herausgebildet hatte, nun in der Dimension des Weltmarktes. „Dieselbe Rolle, die die nationalen Finanzgruppen bei den nationalen Kartellierungen spielten, musste jetzt den internationalen Finanzgruppen im internationalen Ausmaß zufallen. ... In der Phase des Hochkapitalismus durchbricht die Konzentration des Kapitals die geopolitisch meist unsinnigen Grenzen der Staaten, wird zur Hochkonzentration, die die historische Aufgabe des Kapitalismus, die Herstellung des Weltmarktes, vollendet“ (1928, S. 392 f.).

Nicht der Zwang zur Erschließung von Verwertungsmöglichkeiten unrealisierbarer Mehrwertteile in nichtkapitalistischen Ländern, sondern Verwertungsmöglichkeiten durch Intensivierung der grenzüberschreitenden Arbeitsteilung sind die Ursache für das Wachstum des internationalen Handels und Kapitalverkehrs (1927a, S. 8 f.). Der Kapitalismus ist kein Garant friedlicher Beziehungen unter den Staaten, wie die liberale Theorie postuliert, er „kann kriegerisch sein im Bündnis mit feudalen Mächten ... Er kann jedoch auch friedlich sein und statt unter Waffendeckung mit staatlicher Kreditgarantie für Geschäfte mit Ländern, deren Rechtszustand ihm Misstrauen einflößt, neue Absatzmärkte gewinnen kann, durch internationale Kartelle, Quotenverteilung die Sicherung der Profite erstreben“ (S. 11). Eine krisenfreie Entwicklung der Weltwirtschaft darf dabei nicht erwartet werden, zufolge der Anarchie des kapitalistischen Weltmarktes kommt es immer wieder zu Absatzkrisen.

Der letzte Beitrag Helene Bauers (1940) zur Imperialismusdebatte resümiert ihre bisherigen Positionen. In Bezug auf den Zweiten Weltkrieg, der sich damals im Anfangsstadium befand, stellt sie mit Nachdruck fest, dass auch in der Zeit der großen Weltwirtschaftskrise „weder ein theoretisches noch ein praktisches Interesse am Imperialismus bestand. Es gab in den kapitalistischen Staaten viele Pläne der Krisenbekämpfung, aber nicht die leiseste Neigung, zur Überbrückung der Krise irgendwelche Absatzmärkte, Rohstoffmärkte oder dergleichen militärisch zu besetzen“ (1940, S. 176). Es waren die neuen Diktaturstaaten, die die militärische Auseinandersetzung suchten, weil sie intern Erfolge brauchten zu ihrer Legitimation, wobei sich das nationale Kapital „den Diktaturen in die Arme geworfen hat, während die kapitalistischen Kreise der modernen Demokratien zum Bedürfnis nach Ruhe und internationaler Sicherung herangereift sind. ... Der Kapitalismus auf demokratischer Grundlage ist ohne Kriege durchaus denkbar.“ Bauer bekämpft unnachgiebig die politische Imperialismustheorie der Kommunisten, die nur „unser Interesse an der Herstellung einer Welt mit größtmöglichen Friedensgarantien schwächen würde“ (S. 179).

VII. Bürgerliche und sozialistische Theorie

1. Werttheorie

Helene Bauer sah in der subjektiven Wertlehre der Österreichischen Schule eine „ideologische Verklärung des Bestehenden“ (1924a, S. 65), was aber ihrer Ansicht nach der sozialistischen Wissenschaft nicht ersparte, sich immanent mit deren Inhalten auseinanderzusetzen. In ihrer Kritik der Zurechnungslehre Böhm-Bawerks und Wiesers setzte sie sich vor allem mit der Verteilungstheorie der Österreichischen Schule auseinander. Für die simultane Ermittlung des „produktiven Beitrages“ der einzelnen Produktivmittel zum

Endprodukt unterscheidet Wieser zwischen der „gemeinen“ Zurechnung bei solchen Produkten, die nur aus Produktivmitteln mit vielfacher Verwendbarkeit („Kostenproduktivmitteln“) hergestellt werden, und der sog. „spezifischen“ Zurechnung. Letztere findet dort statt, wo ein spezifisches, d. h. nur für die Erzeugung einer einzigen oder einiger weniger Produktarten verwendbares Produktivmittel in Kombination mit anderen Kostenproduktivmitteln zum Einsatz kommt. Der Wert des spezifischen Produktivmittels ergibt sich als Restgröße nach Abzug der Kostenproduktivmittelwerte vom Erlös.

Dagegen hatte *Schumpeter* (1909/1952) eingewendet, dass der Arbeitslohn als häufigster Produktionsfaktor vom Typ des gemeinen Produktivmittels „nicht aus dem Wert des Endprodukts abgeleitet, sondern als gegebene Größe bei der Produktion bereits vorausgesetzt“ werde. Damit bleibt aber Wiesers eigenes Postulat für eine Lösung des Zurechnungsproblems unerfüllt. In ähnlicher Weise wird gegen Böhm-Bawerks Methode der Heranziehung von „Substitutionswerten“ eingewendet, dass damit das Problem der Wertermittlung der sog. „ersetzlichen“ Produktionsmittel in andere Verwendungsbereiche verschoben sei, ohne dass dort eine Ableitung des Wertes der ersetzlichen Produktionsmittel aus einem Endprodukt möglich sei. Schumpeters Feststellung, dass „der produktive Erfolg von allen drei Kategorien (Arbeit, Kapital, Grund und Boden, G. Ch.) abhängt und dass es kein Kriterium gibt, den einen Produktionsfaktor vor dem anderen in dieser Beziehung auszuzeichnen“ (*Schumpeter* 1908, S. 248) stimmt Helene Bauer dann zu, wenn der Gebrauchswert den Ausgangspunkt der Werttheorie bilde. Mit dem Scheitern der Wertzurechnung habe „der Grenznutzen seine Rolle einer ökonomischen Theorie, die die wirtschaftlichen Erscheinungen nicht aus der jeweils gegebenen sozialen Struktur der Wirtschaft, sondern aus einer immer gleichbleibenden Logik jeder Wirtschaft ableitet, ausgespielt“ (1924a, S. 111). Schumpeters Feststellung, dass die theoretische Unlösbarkeit des Zurechnungsproblems angesichts der Tatsache, „dass Werte und Preise der Produktivgüter sich durch nichts von denen der Genussgüter unterscheiden, namentlich vom praktischen Wert mit der gleichen Sicherheit gehandhabt werden“, demnach die Praxis das Problem gelöst und dessen „Lösbarkeit durch die Tat“ bewiesen sei, deutet Bauer als Eingeständnis der Richtigkeit einer Ausbeutungstheorie. „Denn um Einkommensarten, die aus der Arbeit, also aus einer produktiven Funktion, und alle anderen Einkommensarten, die aus dem Rechtstitel des Besitzes fließen, quantitativ zu bestimmen, muss man sie zuerst qualitativ, also in ihrer Wesensverschiedenheit unterscheiden. Aber dies bedeutet erkennen und bekennen wollen, dass ihre Höhe nicht durch ökonomische, sondern durch soziale Faktoren, nicht durch ‚produktive Beiträge‘, sondern durch Kräfteverhältnisse der Klassen, nicht durch ‚Leistung‘, sondern durch Macht bestimmt wird“ (S. 112).

Aus den Fehlschlägen der Versuche Wiesers und Böhm-Bawerks, die von Menger aufgeworfene Frage nach der quantitativen Bestimmbarkeit der Wertanteile der „Güter höherer Ordnung“, also der einzelnen Produktionsfaktoren aus dem Wert des genussreifen Endprodukts schlüssig zu beantworten, schließt Helene Bauer auf den „Bankerott der Grenzwerttheorie“. Bauer insistiert auf einer Art „Wesensverschiedenheit“ der Arbeit als Produktionsmittel, die sie normativ von den sachlichen Produktionsmitteln unterscheidet. In der entwickelten arbeitsteiligen Wirtschaft, in der alle Güter Ergebnisse von Produktionsprozessen sind, erscheint „nur Arbeit gegen Arbeit als ein Tausch artgleicher und deswegen überhaupt vergleichbarer Werte ... Wer diesem Kreise nicht angehört, der verfügt über ein ebenbürtiges Tauschgut überhaupt nicht“. Wenn er seinen Anteil als Zins, Profit oder Rente erhält, so bleibt er „in der Gemeinschaft der Arbeitenden“ doch „bloß ein Outsider, der dem Werte der Persönlichkeit seine Besitztitel entgegenstellt“ (1926, S. 64). Daher erscheinen ihr auch alle neueren Theorien, welche den Zins nicht als Belohnung des Opfers des als Person vorgestellten Kapitalisten erklärt, sondern als kollektives „Warteopfer“, das „getragen werden muss, damit das zur Gütererzeugung notwendige Kapital gespart werde“ (Marshall), oder dessen Zurechnung auf „eine Funktion“ (Cassel, Schumpeter) als „ideologische Verklärung des Bestehenden“ (1926, S. 66 f.).

Die Abhandlung Helene Bauers zur Marxschen Preis- und Verteilungstheorie (1925b) versucht zunächst anhand mehrerer Zitate aus dem *Kapital* zu zeigen, dass für eine adäquate Berücksichtigung der Nachfrageseite ein Rekurs auf den nutzentheoretischen Ansatz nicht erforderlich sei.¹⁸ Unklar bleibt dabei, in welchem Zusammenhang damit das sog. Transformationsproblem des 3. Bandes des *Kapital* steht bzw. die für die Arbeitswertlehre grundlegende Behauptung, dass bei der Umrechnung von in Zeiteinheiten gemessenen Arbeitswerten in Geld ausgedrückte Produktionspreise dem Verhältnis von Profit- und Lohnsumme der Mehrwertrate entspreche. Bauer zitiert Marx' eigene Bemerkung, „dass der durchschnittliche Arbeitslohn zwar stets gleich dem Wertprodukt der Stundenzahl (ist), die der Arbeiter arbeiten muss, um die notwendigen Lebensmittel zu produzieren, aber diese Stundenzahl selbst wieder verfälscht ist durch die Abweichung der Produktionspreise von ihren Werten“ (MEW 25, S. 171), die anzeigt, dass er Zweifel an seiner Lösung des Problems der Transformation von Arbeitswerten in Produktionspreise hatte. Sie schließt daraus, dass „durch das Verhältnis der Geldprofite zu den Geld-

¹⁸ Darin besteht auch der Hauptkritikpunkt der Rezension Bauers (1930b) an Alfred Braunthals Lehrbuch *Die Wirtschaft der Gegenwart und ihre Gesetze* (1930). Auch Otto Bauer war in diesem Punkt anderer Ansicht als Helene: „Für das Verständnis der Nachfrage ist die Kenntnis der Grenznutzentheorie sehr wichtig.“ (Bauer, O. 1956, S. 288).

löhnen das Verhältnis der Mehrarbeit zur notwendigen Arbeitszeit nur ungenau ausgedrückt wird“ (1925b, S. 224), das heißt aber, dass die beiden Relationen nicht identisch sind. Sie zieht daraus freilich nicht den Schluss, dass die Transformation „sich so nicht lösen lässt, wie Marx sie vorzeichnet“ (Schefold 2014, S. 201), dass die Preise also nicht aus den Arbeitswerten abgeleitet werden können. Das Marxsche ökonomische System behält für Bauer dennoch seine Gültigkeit, denn „Kauf und Verkauf auf dem kapitalistischen Markt sind für Marx sowohl ein Mittel des wirklichen Tausches wie der Ausbeutung, deren Größe nur festgestellt werden kann, ... wenn die Arbeitswerte der Waren den Preisen entgegengestellt werden. Die Preisgestaltung ist für Marx deswegen kein Problem ‚an sich‘ wie für die bürgerlichen Theoretiker, ... sondern bloß ein Problem, das auf dem Wege liegt zu der für ihn entscheidenden Frage nach ... der Verteilung des jährlichen Arbeitsproduktes zwischen den wirklich Arbeitenden und den kapitalistischen Produktionsagenten und ihrem Anhang“ (1925b, S. 224).¹⁹

2. Entwicklungstheorie

Die zentrale Frage der marxistischen Entwicklungstheorie ist die des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Der Vision einer allmählichen Transformation des Kapitalismus, in der wesentliche Voraussetzungen für die neue Gesellschaftsform entstehen, stehen die Zusammenbruchstheorien gegenüber. Helene Bauers Kritik richtete sich nicht nur gegen die Imperialismustheorien (Abschnitt VI.), sondern auch gegen Henryk Großmanns 1929 veröffentlichtes Buch *Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems*.²⁰

Großmann stützte sich darin auf eine 1910 in der *Neuen Zeit* erschienene Rezension Otto Bauers von Rosa Luxemburgs *Die Akkumulation des Kapitals*. Darin hatte Otto Bauer anhand eines fiktiven Schemas der erweiterten Reproduktion gezeigt, dass der für neue Akkumulation zur Verfügung stehende Mehrwertteil im Kreislauf des Systems verwertet werden kann, es also zu seiner Verwertung keiner Erschließung externer Sphären bedarf (Bauer, O.

¹⁹ Ähnlich in dem Aufsatz 1926, S. 65.

²⁰ Großmanns Buch erschien als Band I der Schriftenreihe des damals von Carl Grünberg geleiteten Frankfurter Instituts für Sozialforschung. So wie Helene Bauer stammte Großmann aus Galizien, 1881 in Krakau geboren, studierte er an der Universität Wien bei Carl Grünberg, der ihn 1925 nach Frankfurt an das Institut holte. Das Zusammenfallen des Erscheinungsjahrs seines Buches mit dem Beginn der Großen Depression verstärkte das Interesse an dessen Thesen, z.B. die Behauptung, dass die USA „einer schweren Krise entgegengehen“ (zitiert bei Bauer 1929b, S. 277). Nach der Emigration in die DDR zurückgekehrt, starb Großmann 1950 in Leipzig, wo er seit 1949 an der Universität eine Professur für Politische Ökonomie innehatte.

1912/13/1970).²¹ Es handelt sich dabei um ein willkürlich gewähltes Zahlenbeispiel mit den Annahmen einer Mehrwertrate von 100 Prozent, wobei 25 Prozent des Mehrwerts akkumuliert werden, und eines jährlichen Bevölkerungs- bzw. Arbeitskräftezuwachses von 5 Prozent und eines Wachstums des konstanten Kapitals von 10 Prozent pro Jahr. Otto Bauer hatte die Ergebnisse dieses Schemas über 4 Jahre dargestellt. Der begrenzte Demonstrationszweck des Zahlenbeispiels hielt Großmann allerdings nicht davon ab, es „nicht bloß viermal, sondern 35mal und über mehrere Krisen hindurch zu kurbeln“ (1929b, S. 275), und damit den unausweichlichen Zusammenbruch des Kapitalismus zu beweisen, der aber ein bloßes Ergebnis der aus langfristiger Sicht grob unrealistischen Annahmen ist. Denn „es ist klar, dass dieses Schema zu seltsamen Resultaten führen muss, wenn man es lang genug fortsetzt, denn die Zuwächse des konstanten Kapitals wachsen gemäß Annahme schneller als der Mehrwert“, da ein immer geringerer Teil des Mehrwerts für den Konsum der Kapitalisten zur Verfügung steht bzw. später der gesamte Mehrwert für die angenommene Akkumulationsrate nicht mehr ausreicht, „das Schema aus Mangel an Mehrwert zusammenbricht“ (Sweezy 1970, S. 248 f.).

In Bauers Worten: „Die Kapitalisten verrecken, weil sich alles was sie berühren, in Produktionsmittel ... verwandelt ... Doch da das Schema nur ein Scheinschema ist, ist auch ihr Hungertod nicht wirklich“ (1929b, S. 280). Der Fehler einer solchen mechanischen Anwendung des Schemas liegt nach Helene Bauer darin, dass „in Wirklichkeit durch die technischen Errungenschaften, die den Prozess der Akkumulation begleiten ..., der Wert des konstanten Kapitals und der Wert der Arbeitskraft ständig gesenkt wird. ... Die Bewegung der einen unabhängigen Variablen der Technik (Erfindung und Entdeckung) bringt periodisch in verschiedenen, in der Praxis exakt bestimmten Abstufungen die Änderungen aller Verhältniszahlen mit sich. Die Theorie kann nur die allgemeine Richtung dieser Veränderung feststellen, sie kennt aber nicht das quantitative Verhältnis zwischen der Bewegung der organischen Zusammensetzung des Kapitals und der mit ihr parallel gehenden Bewegung der Mehrwertrate“ (S. 275). Unter Berufung auf Zitate aus dem *Kapital* verweist Bauer gegen Großmann auf die „Logik der kapitalistischen Konkurrenz“, welche die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft bestimmt, die aber in Großmanns Analyse nicht vorkommt. Die Überakkumulation von Kapital wird auch bei Marx behandelt, für ihn ist sie „keine notwendige oder gar endgültige, sondern eine mögliche und momentane Phase des Akkumulationsprozesses“ (S. 279). In der Krise kommt es zu Anpassungen, es „entsteht ein neues Gleichgewichtssystem ... das durch ein neues Schema illustriert werden müsste.“ (S. 276). Gegen „die Zusammenbruchsfanatiker in unserer

²¹ Ein Großteil der Antikritik *Luxemburgs* (1921/1981) war gegen Otto Bauer gerichtet.

Partei“ insistiert Bauer darauf, dass „die letzte Schranke des Kapitalismus für Marx nicht die gesamtkapitalistische Pleite (ist), sondern der gesamte Kampf-wille des Proletariats“ (S. 280).

Für Helene Bauer bildete Rudolf Hilferdings Theorie des Organisierten Kapitalismus die Grundlage für eine langfristige Entwicklungsperspektive der kapitalistischen Wirtschaft. Hilferdings Hauptwerk *Das Finanzkapital* (1910) war ein Versuch, die Theorie von Karl Marx an die veränderte Realität der neuen Formen der organisierten Konkurrenz heranzuführen. Eine Schlüsselrolle bei der Förderung der Konzentrations- und Monopolisierungstendenz schrieb er dabei den Banken zu. Gleichzeitig „erleichtert“ die Organisation der Produktion durch das Finanzkapital „die Überwindung des Kapitalismus außerordentlich“. Der Kapitalismus erreicht eine Entwicklungsstufe, auf der schließlich „die Diktatur der Kapitalmagnaten in die Diktatur des Proletariats umschlägt“ (Hilferding 1910/1973, 503 ff.). Nach dem Weltkrieg nahm Hilferding mehr und mehr eine reformistische Position ein. Seine Theorie des Organisierten Kapitalismus wurde als wirtschaftspolitisches Programm konkretisiert in Fritz Naphtalis Buch *Wirtschaftsdemokratie* (1928). Die branchenmäßige Organisation der überwiegend privatkapitalistischen Unternehmungen war ein Grundelement dieses Konzepts, in dessen Rahmen eine Kontrolle von Kartellen unter Mitwirkung der Gewerkschaften vorgesehen war.

Weniger im nationalstaatlichen Rahmen, sondern in seinem Ausgreifen auf die Ebene des Weltmarktes sah Helene Bauer die neue Entwicklungstendenz des Organisierten Kapitalismus nach dem Ersten Weltkrieg. Als Folge der immer weiter voranschreitenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals treten an die Stelle der nationalen nun internationale Organisationsformen (1928, S. 392 f.; siehe Abschnitt V.) Sozialismus im nationalstaatlichen Rahmen hielt Bauer für möglich, aber er war nur die zweite Wahl (1919d, S. 412). So utopisch es erscheint – „die internationalen Voraussetzungen des Sozialismus entstehen, indem „im Hochkapitalismus die Konzentration des Kapitals die geopolitisch meist unsinnigen Grenzen der Staaten (durchbricht), zur Hochkonzentration wird, die die historische Aufgabe des Kapitalismus, die Herstellung des Weltmarktes, vollendet“ (1928, S. 392 f.).

VIII. Conclusio

Helene Bauers Verständnis von Ökonomie war im Kern politisch. Im Zentrum steht die Arbeitswertlehre, mit der der Kapitalismus als System der Ausbeutung der Arbeitenden dargestellt wird, sowie als selbsttätiger Mechanismus, der wegen des Fehlens planmäßiger Koordination in periodische Krisenzustände fällt, gleichzeitig aber als resilientes System, das sich nicht auf einen Zusammenbruch zubewegt. Dem entspricht auch eine konsequent marxisti-

sche Diktion: die Profitorientierung zwingt die Kapitalisten, mehr Mehrwert aus den Arbeitenden herauszupressen, Akkumulation dient der Steigerung des Mehrwerts etc. Langfristig strebt der Kapitalismus seiner Überwindung durch den Sozialismus zu, entwickelt aus sich heraus wesentliche Institutionen dieser Gesellschaftsform, allerdings ohne „automatisch“ in diese überzugehen. Dazu braucht es den Anstoß von der politischen Ebene her, idealiter durch Mehrheitsentscheid in einem parlamentarisch-demokratischen System. Dem entspricht eine kritische Haltung gegenüber dem Bolschewismus, die am stärksten zum Ausdruck kommt in Helene Bauers Ablehnung der Imperialismustheorie, besonders in deren Leninscher Variante: keine gewaltsame Revolution im Gefolge einer Weltkatastrophe.²²

Ebenso ist für Helene Bauer wissenschaftliche Wahrheit nicht definiert durch einen a priori festgelegten „Klassenstandpunkt“. Marxistische Theoreme müssen nach logisch-wissenschaftlichen Kriterien bewiesen werden, wovon sie allerdings überzeugt war; daher keine Annäherung an die „bürgerliche“ Ökonomie, auch keine Übernahme einzelner Elemente derselben, Festhalten an der Dichotomie Markt/Konkurrenz versus zentrale Planung/gesamtschellschaftliche Solidarität. Ihre Abhandlungen zur Theorie ebenso wie ihre Analysen aktueller Probleme des Kapitalismus bewegen sich immer in diesem Rahmen.

Die auf Friedrich Engels und Karl Kautsky fußende politische Strategie der Sozialdemokratie in Deutschland und Österreich war für eine Konstellation gedacht, in der die politische Macht zwischen feudalem Adel und Bürgertum geteilt und die Vertreter des Proletariats davon ausgeschlossen waren. Die sozio-ökonomische Entwicklung garantierte die stetige Steigerung des Anteils der Partei an Wählerstimmen und Parlamentsmandaten. Die Durchsetzung von schon im Kommunistischen Manifest genannten Kernforderungen wie Begrenzung der täglichen Arbeitszeit, Verbot von Kinderarbeit etc. soll der Arbeiterschaft das Bewusstsein ihres Machtpotenzials vermitteln und so die Kampfbereitschaft steigern, immer gerichtet auf das näher rückende Endziel der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Generell sollten die Sozialdemokraten im Parlament alle Maßnahmen unterstützen, oder wenigstens nicht behindern, die geeignet sind, die Liquidierung feudaler Strukturen und die Verminderung der selbstständigen kleinbürgerlichen oder bäuerlichen Bevölkerungsschichten zu beschleunigen, also z. B. Abschaffung von agrarischen Schutzzöllen, keine Unterstützungsmaßnahmen für Handwerk und Bauern etc. Je schneller sich der Kapitalismus zu seiner reinen Form, wie sie im *Kommunis-*

²² Der Begriff „Revolution“ wird im sozialdemokratischen Schrifttum in einem sehr differenzierten Sinn verwendet bei *Otto Bauer* (1923) in seiner umfassenden Analyse der „österreichischen Revolution“. In Helene Bauers Aufsätzen kommt er kaum vor.

tischen Manifest und im *Kapital* erscheint, entwickelt, umso rascher wächst der Bevölkerungsanteil des Proletariats, und damit die politische Machtbasis der Sozialdemokratie.

Diese Strategie funktionierte recht und schlecht, solange die Arbeiterpartei keinen Anteil an der Staatsmacht hatte. Dies änderte sich mit dem politischen Umbruch bei Kriegsende grundlegend, als die Partei plötzlich in die politische Führungsrolle katapultiert wurde. In der kurzen Phase nach dem Weltkrieg, in der ein Einstieg in den Sozialismus durch Maßnahmen der Sozialisierung als realistische Möglichkeit erschienen war, schien sich die Perspektive einer mit demokratischen Mitteln geförderten Transformation des Kapitalismus zu bewahrheiten. Nach der Stabilisierung des kapitalistischen Systems resultierte daraus für die sozialdemokratische Politik ein Dilemma von zunehmender Intensität.

In Österreich war die Sozialdemokratie knapp zwei Jahre an der Regierung beteiligt (1918–1920). In dieser kurzen Periode, in der die bürgerlichen Parteien angesichts der revolutionären Stimmung in großen Teilen der Arbeiterschaft zu Konzessionen gegenüber den sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei bereit waren, wurde eine ganze Serie von grundlegenden Sozialgesetzen beschlossen: Einführung des Achtstundentags, einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung, das Kollektivvertragsgesetz, das Betriebsrätegesetz, das Arbeiterkammergesetz und zahlreiche weitere kleinere Sozialgesetze.²³ Nach den Parlamentswahlen 1920, aus denen die Christlichsozialen als stärkste Partei hervorgingen, entschieden sich die Sozialdemokraten für die Opposition. Aber auch in ihrer Oppositionsrolle kamen sie nicht darum herum, zu schwierigen wirtschaftspolitischen Fragen Stellung zu beziehen und auch an Entscheidungen mitzuwirken (z.B. Währungssanierung 1922, Budgetsanierung, Bankensanierung). Dabei war die Partei immer wieder zu Kompromissen mit der Regierung bereit.

Zur wichtigsten Aufgabe der Partei wurde die Verteidigung der nach dem Krieg erkämpften sozialpolitischen Errungenschaften, die von den bürgerlichen Parteien zunehmend wieder infrage gestellt wurden („Wegräumen des revolutionären Schutts“). Den „reformistisch“ punzierten Fragen der Sozialpolitik und ihren wirtschaftspolitischen Aspekten, welche für die Partei in der politischen Auseinandersetzung einen hohen Stellenwert hatten, widmete Helene Bauer nur geringe Aufmerksamkeit. Eingehend beschäftigte sie sich nur mit der Frage der Erwerbstätigkeit der Frau, mit deren Recht, „trotz der Erwerbsarbeit noch Raum für eigenes Leben und eigene Fortentwicklung zu gewinnen“ (1930b, S. 372).

²³ Siehe dazu *Pribram* (1921). Karl Pribram war im sozialdemokratisch geführten Sozialministerium als leitender Beamter mit der Vorbereitung dieser Gesetze betraut.

Die wenigen Analysen Helene Bauers zu aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik nach dem Schwinden der Hoffnung auf die Sozialisierung machen den Eindruck von Hilflosigkeit. In ihrem Kommentar zur Frage der Vermögensabgabe hatte sie diese als „Protest gegen die Herrschaft des Kapitals“, sowie als Folgemaßnahme der Sozialisierung gesehen, um „langsam, aber sicher mit den Müßigen aufzuräumen“ (1919a, S. 293). Dass die Vermögensabgabe das entscheidende Instrument für eine Stabilisierung der Währung aus eigener Kraft gewesen wäre, war hier kein Thema. Das permanent hohe Defizit der österreichischen Handelsbilanz versuchte sie zu verharmlosen, ihr einziger, ironisch gemeinter Vorschlag zu einer Lösung des Problems ist, „den Konsum der Prasser und Genießer zu drosseln“ (1923a, S. 31).

Erst nach dem Beginn der Großen Depression nimmt Helene Bauer wieder mit Analysen zu Krise und Krisenpolitik zu wirtschaftspolitischen Fragen Stellung. Aus marxistischer Sicht war die Erkenntnis, dass die veränderten Strukturen des Organisierten Kapitalismus dessen Krisenanfälligkeit nicht gemildert, sondern verschärft haben (siehe Abschnitt V.), eine Bekräftigung der Sozialisierung als Alternative. Die an der Regierung beteiligten sozialdemokratischen Parteien in England und in Deutschland mussten jedoch die gegenteilige Erfahrung machen, dass sie „in den Augen der Massen als mitverantwortlich“ erschienen „für alles, was zu verhindern sie zu schwach waren. Die Krise brachte ihnen Wahniederlagen, den Verlust der bisherigen parlamentarischen Stellung und machte sie bald bar jeder Stoßkraft dem System gegenüber, das sie noch vor kurzem kritisierten, verneinten, aber doch mit dem Namen ihrer Führer zu beschützen und zu decken schienen. ... Arbeitslosigkeit und Krise haben nicht die Kräfte auslösen können, die die kapitalistische Krise in eine Krise des Kapitalismus umschlagen lassen würden“ (1932c, S. 494).

In der Analyse der Krisenursachen bleibt die marxistische Ökonomie der altliberalen Sichtweise verhaftet, in der die mangelnde Flexibilität von Preisen und Löhnen als Ursache identifiziert wird²⁴. Die von den Kapitalisten daraus abgeleiteten Forderungen für die Krisenpolitik nach Lohnsenkung und Abbau von Sozialschutz ist allerdings nicht akzeptabel aus Sicht der Arbeiterklasse, die aber ihre Forderungen nach neuen „anti-kapitalistischen Maßnahmen“ ebenso wenig durchsetzen kann, mit der Konsequenz einer unauflösbaren Patt-Stellung, die auf der politischen Ebene in Österreich und Deutschland zur autoritären Wende beitrug.

Dass es jenseits des polaren Gegensatzes zwischen altliberalem Antiinterventionismus und planwirtschaftlichem Sozialismus auch noch andere Sicht-

²⁴ Ähnlich wie Helene Bauers Sicht ist diejenige *Otto Leichters* (1933) in seinem Artikel über das „Versagen des kapitalistischen Krisenmechanismus“.

weisen gab für Auswege aus der Krise, war mit einer marxistischen Ökonomie, wie Helene Bauer sie vertrat, nicht vereinbar, ebenso wenig, wie Ludwig Mises sich eine Kompatibilität von wohlfahrtsstaatlicher Sozialpolitik mit einer kapitalistischen Marktwirtschaft vorstellen konnte. Als Zukunftsperspektive hielt Helene Bauer an einer abgewandelten Form des Organisierten Kapitalismus fest, auch wenn diese um 1940 kaum realistisch erscheinen konnte. Eine Politik der „kapitalistischen Krisenbekämpfung“ vom Typ des Roosevelt’schen *New Deal* tut sie polemisch ab (1932c, S. 496), das Modell des skandinavischen Wohlfahrtsstaates, das Anfang der 30er-Jahre schon existierte, kommt in ihren Analysen nicht vor. Es ist nicht bekannt, ob sie Keynes’ Aufsatz vom *Ende des Laissez-Faire* (1926) gekannt hat, mit seiner zwar nicht altliberalen, aber doch bürgerlichen Grundhaltung passte er einfach nicht zu ihrer Denkweise.

Außerdem darf nicht übersehen werden, dass die äußeren Verhältnisse für Versuche frühkeynesianischer Wirtschaftspolitik in Österreich (wie auch in Deutschland) denkbar ungünstig waren. Österreich hatte zwar keine Reparationslasten zu tragen wie Deutschland, war aber nach der Währungsstabilisierung 1922 abhängig von internationalen Kapitalgebern, dazu kam das anhaltend hohe Defizit der Handels- und Leistungsbilanz, und die Erinnerung an die Hyperinflation nach dem Weltkrieg war noch lebendig. Aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg mussten noch Jahre vergehen, bis die Konzeption einer makroökonomisch gesteuerten mixed economy ihre institutionellen Formen gefunden hatte.

Literatur

Aufsätze *Helene Bauers in Der Kampf*²⁵ (im Text nur mit Jahreszahl zitiert)

- 1919a Rudolf Goldscheids Naturalabgabe, XII S. 270–272.
- 1919b Vermögensabgabe und Sozialisierung, XII S. 291–293.
- 1919c Der Wirtschaftsplan, XII S. 341 f.
- 1919d Internationale Voraussetzungen des Sozialismus, XII S. 409–413.
- 1920 Der Kampf um die auskömmliche Nahrung, XIII S. 126–128.
- 1923a Theoretisches zur österreichischen Handelsbilanz XVI S. 22–31.
- 1923b (Rezension von) Eduard Heimann, Mehrwert und Gemeinwirtschaft, XVI S. 117–119.
- 1923c Geld, Sozialismus und Otto Neurath XVI S. 195–202.

²⁵ Im Exil erschienene Folgen Brünn (Brno) 1934, ab 1938 als *Der sozialistische Kampf* (Paris), bis 1940.

- 1923d Sozialistische Wirtschaftsrechnung XVI S. 321–325.
- 1924a Bankerott der Grenzwerttheorie XVII S. 105–113.
- 1925a Cassels „wert“freie Sozialökonomie XVIII S. 89–95.
- 1925b Zur Theorie der Marktpreise bei Marx XVIII S. 219–225.
- 1926 Bürgerliche und sozialistische Wirtschaftstheorie XIX S. 63–68.
- 1927a Der Imperialismus XX S. 8–12.
- 1927b Ehe und soziale Schichtung XX S. 319–326.
- 1928 Internationale Kapitalkonzentration und leninistische Katastrophentheorie des Imperialismus XXI S. 392–400.
- 1929a Franz Oppenheimers Kritik des Marxismus XXII S. 36–42.
- 1929b Ein neuer Zusammenbruchstheoretiker XXII S. 270–280.
- 1930b Ein sozialistisches Lehrbuch XXIII S. 425–428.
- 1931 Zur Weltwirtschaftskrise, XXIV S. 117–124.
- 1932a Die „Fehlleitung“ des Kapitals, XXV S. 158–163.
- 1932b Sozialismus in einem Lande, XXV S. 475–482.
- 1932c Im vierten Krisenjahr XXV, S. 493–499.
- 1940 Was ist Imperialismus III, S. 176–179.

Andere Publikationen *Helene Bauers*

- 1924b Der imperialistische Krieg, in: Karl Kautsky, der Denker und Kämpfer, Festgabe zu seinem 70. Geburtstag, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien.
- 1930a Frauenarbeit und Bevölkerungspolitik, in: Käthe Leichter (Hrsg.), Handbuch der Frauenarbeit in Österreich, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.
- Landau*, Helene (1906a): Die Entwicklung des Warenhandels in Österreich, Wilhelm Braumüller, Wien/Leipzig.
- Landau*, Helene (1906b): Die Entwicklung des Warenhandels in Österreich, in: Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung XV (1906).

Sonstige Literatur

- Bauer*, Otto (1912/13): Die Akkumulation des Kapitals, in: Die Neue Zeit, 31:1, wiederabgedruckt in: Karl Marx, Das Kapital Zweiter Band, hrsg. von Rudolf Hickel, Ullstein Taschenbuch, Berlin 1970, S. 772–793.
- Bauer*, Otto (1919): Der Weg zum Sozialismus, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien.
- Bauer*, Otto (1923): Die österreichische Revolution, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien.

- Bauer, Otto* (1956): Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien.
- Braun, Martha Stephanie* (Hrsg.) (1930): Frauenbewegung, Frauenbildung und Frauenarbeit in Österreich, Selbstverlag des Bundes österreichischer Frauenvereine, Wien.
- Braunthal, Alfred* (1930): Die Wirtschaft der Gegenwart und ihre Gesetze, E. Laub-sche Verlagsbuchhandlung, Berlin.
- Chaloupek, Günther* (1990): The Austrian debate on economic calculation in a socialist economy, *History of Political Economy* 22:4, S. 659–675.
- Chaloupek, Günther* (2015): The impact of the German Historical School on the evolution of economic thought in Austria, in: José Louís Cardoso/Michalis Psalidopoulos (Hrsg.), *The German Historical School and European Economic Thought*, Routledge, London/New York, 1–21.
- Chaloupek, Günther* (2019): Socialization Concepts of Non-socialist Economists in Austria: Karl Pribram, Gustav Stolper, Joseph Schumpeter, in: J. Backhaus/G. Chaloupek/H. Frambach (Hrsg.), *The First Socialization Debate (1918) and Early Efforts Towards Socialization*, Springer, Cham Switzerland, S. 99–110.
- Dvořák, Johann* (2002): Helene Bauer, geb. Gumpłowicz. In: Brigitta Keintzel, Ilse Korotin (Hrsg.): *Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich*. Böhlau, Wien/Köln/Weimar, S. 42–48.
- Dvořák, Johann* (2014): Helene Bauer Analyse und politische Gestaltung der Gesellschaft, in: ders., *Über Theorien des Politischen in der europäischen Neuzeit*, facultas Verlag, Wien 2014, S. 206–225.
- Goldscheid, Rudolf* (1919): *Sozialisierung der Wirtschaft oder Staatsbankrott*, Anzen-gruber-Verlag, Wien/Leipzig
- Großmann, Henryk* (1929): *Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems*, Verlag C. L. Hirschfeld, Leipzig.
- Hilferding, Rudolf* (1910/1973): *Das Finanzkapital*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M.
- Keynes, John M.* (1926): *Das Ende des Laissez-Faire*, Verlag Duncker & Humblot, Berlin.
- King, John E.* (2019): *The Alternative Austrian Economics A Brief History*, Edward Elgar, Cheltenham, UK.
- Kreisky, Bruno* (1986): *Zwischen den Zeiten*, Siedler Verlag, Berlin.
- Lange, Oskar* (1936/37): On the Economic Theory of Socialism, in: *Review of Economic Studies* Vol. 3.
- Leichter, Käthe* (Hrsg.) (1930): *Handbuch der Frauenarbeit*, Arbeiterkammer Wien.
- Leichter, Otto* (1923): *Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft*, Bd. 5/1 der Marx Studien, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien.
- Leichter, Otto* (1933): Die Automatik des Kapitalismus und die Arbeiterklasse, in: *Der Kampf* XXVI, S. 130–138.

- Leichter*, Otto (1970): Otto Bauer, Europaverlag, Wien 1970.
- Luxemburg*, Rosa (1910/1981): Die Akkumulation des Kapitals, in: dies., Gesammelte Werke Band 5, Dietz Verlag Berlin (Ost).
- Luxemburg*, Rosa (1921/1981): Antikritik, in: dies., Gesammelte Werke Band 5, Dietz Verlag Berlin (Ost).
- Marx*, Karl/*Engels*, Friedrich (1966): MEW, Band 25, Dietz Verlag, Berlin (Ost).
- Mises*, Ludwig (1922): Die Gemeinwirtschaft, Verlag Gustav Fischer, Jena.
- Mises*, Ludwig (1924): Neue Beiträge zum Problem der sozialistischen Wirtschaftsrechnung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 51, S. 488–500.
- Mozetic*, Gerald (1987): Die Gesellschaftstheorie des Austromarxismus, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.
- Myrdal*, Gunnar (1951): The Trend Towards Economic Planning, in: The Manchester School for Economic and Social Studies 19, S. 1–42.
- Naphtali*, Fritz (1928): Wirtschaftsdemokratie, Verlag des ADGB, Berlin.
- Neurath*, Otto (1919): Wesen und Weg der Sozialisierung, München.
- Neurath*, Otto (1923): Geld und Sozialismus, in: Der Kampf XVI, S. 145–157.
- Pribram*, Karl (1907): Geschichte der österreichischen Gewerbepolitik 1740–1860. Erster Band: 1740–1798, Duncker & Humblot, Leipzig 1907 (unveränderter Nachdruck Promedia Verlag, Wien 2007).
- Pribram*, Karl (1921): Die Sozialpolitik im neuen Österreich, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 48, S. 615–680.
- Schefold*, Bertram (2014): Nachworte, in: Sraffa, Piero, Warenproduktion mittels Waren, Metropolis Verlag, Marburg, S. 131–226.
- Schröder*, Hans-Christoph (1973): Sozialistische Imperialismusdeutung, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.
- Schumpeter*, Joseph (1908): Das Wesen und der Hauptinhalt der Nationalökonomie, Duncker & Humblot, Berlin.
- Schumpeter*, Joseph (1909/1952): Bemerkungen über das Zurechnungsproblem, in: ders., Aufsätze zur ökonomischen Theorie, J. C. B. Mohr Verlag, Tübingen, S. 72–146.
- Schumpeter*, Joseph (1919/1953): Zur Soziologie der Imperialismen, in: ders., Aufsätze zur Soziologie, J. C. B. Mohr Verlag, Tübingen, S. 72–146.
- Sternberg*, Fritz (1926): Der Imperialismus, Verlag Malik, Berlin.
- Sweezy*, Paul (1970): Theorie der kapitalistischen Entwicklung, edition suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Weissel*, Erwin (1976): Die Ohnmacht des Sieges, Europaverlag, Wien.